

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 3 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 5

Fernruf 179.

Wildbad, Samstag, den 8. Januar 1921

Fernruf 179.

55. Jahrgang

Sonntagsgedanken.

Wintertage.

Warum Nagst du im Abendlicht,
daß die die Stunden wie Wellen verfließen?
Verlängern kannst du die Tage nicht,
Lern sie vertiefen!

Frida Schanz.

Wochenrundschau.

Unter den Männern, die in Deutschland eine Rolle gespielt haben, hat der Tod bei Jahresbeginn wieder Ernte geerntet. In der zweiten Morgenstunde des 2. Januar starb auf seinem Gut Hohenimow in der Mark an einer rasch verlaufenden Krankheit im Alter von 64 Jahren der frühere Kanzler des Reichs Theobald von Bethmann Hollweg. Ein vielfach mißverständliches Volkswort sagt, über Tote soll man nur Gutes reden. Das mag bei Durchschnittsmenschen vielleicht angebracht sein, bei Menschen, die auf des Lebens Höhen wanderten und in die Geschichte der Welt hineintrafen, kann es keine Geltung haben. Und so ist denn auch fast die ganze deutsche Presse in den Betrachtungen, die sie dem Tod des jüngsten Reichskanzlers widmete, darin einig, daß er für sein letztes Amt die staatsmännliche Befähigung nicht besessen habe und daß seine Schultern für die Misere, die ihm am 14. Juli 1909 mit der Kanzlerkammer auferlegt wurde und die eine himmlische Kraft erfordert hätte, zu schwach waren. Aber die Blätter hielten sich andererseits an die richtige Deutung des Volksworts, daß man von einem Toten nur in guter Art reden solle. Allgemein wird das eheliche Wesen anerkannt und die Lauterkeit seines Charakters, seine deutschen Beamten-tugenden gerühmt; es wird ihm zugut gehalten, daß, als er berufen wurde, der Karren bereits verfahren war. — Am 5. Januar hat sich das Grab auf Hohenimow über Theobald von Bethmann Hollweg geschlossen. Außer den üblichen Beileidsbezeugungen der gegenwärtigen und früheren amtlichen Stellen — auch der Kaiser hat von Doorn ein warmes, aber aller Ueberschwenglichkeiten sich enthaltendes Telegramm gesandt — ist von einer tieferen Anteilnahme des Volks nicht viel zu bemerken gewesen. Die Unglückszeit vergeht schnell. Aber wo man Bethmann Hollwegs auch in späteren Zeiten gedenken wird, wird man ihm nie die persönliche Achtung verlagern.

Am gleichen Tag wie Bethmann, ging in München der berühmte Maler Franz von Defregger, der treuherzige Bauernsohn aus dem Isartal, zur ewigen Ruhe ein. Hochbetagt, fast 86 Jahre alt, ist er gestorben. Er konnte auf ein Leben reich an Arbeit, aber auch an Erfolgen und Ehren zurückblicken.

Am 3. Januar sind im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen der Regierung mit den Vertretern der Eisenbahnbeamten und Arbeiter über die neue Erhöhung der Steuerzulagen wieder aufgenommen worden. Trotzdem in der „Abstimmung“ etwa 79,2 Prozent der Abstimmenden — in Württemberg wurde nicht abgestimmt — sich zum Streifen bereit erklärt haben, bietet der Gang der Verhandlungen doch die Aussicht, daß die schon am Schluß des alten Jahres angebahnte Verständigung zur Tatsache wird. Die Verhandlungsleitungen haben an die Geister, die sie gerufen hatten, die Mahnung ergesen lassen, die Verhandlungen, die einen guten Fortgang versprechen, nicht unbefangen durch Streit zu führen. Wesentlich scheint zur Beruhigung der ungeschminkte Bericht des Staatssekretärs im Reichsverkehrsministerium von Stielers, früherer Präsident der württ. Generaldirektion, über die trostlose Finanzlage des Reichseisenbahnwesens beigetragen zu haben. Im Jahr 1920 hat es nach diesem Bericht — ohne die 3 Milliarden der Post — einen Fehlbetrag von 15 Milliarden gehabt, auf 1 Mark Einnahme kommen 2 Mark Ausgaben. Würden die neuen Forderungen der Eisenbahnbeamten und Arbeiter — zusammen 1 Million Köpfe, und die sollen nach der neuen Arbeitsteilung noch nicht einmal zuviel sein — erfüllt, so würden weitere 6 Milliarden Mark erforderlich sein. Um aber den jetzigen Fehlbetrag auszugleichen, müssen neben anderen Maßnahmen die bestehenden Tarife wieder verdoppelt werden; die Personensafarten werden dann

im allgemeinen um 900 Prozent, die Gütertarife um 1200 Prozent höher sein, als vor dem Krieg. Vielleicht kommt dann der altehrwürdige Sammelstrichwagen der Landstraße wieder zu Ehren. Die Herren der Regierung sind sich aber selbst noch nicht ganz im Reinen, ob es mit der unglaublichen Verteuerung dem Eisenbahnverkehr nicht selbst an den Kragen geht. Außerdem muß zu der beabsichtigten Tarifierhöhung die Genehmigung — der Ueberschuldungskommission eingeholt werden, so ganz sicher ist sie also noch nicht. Am 5. Januar ist eine vorläufig noch unverbindliche Vereinbarung zustande gekommen, die den Eisenbahnbeamten und Arbeitern aller Ortsklassen eine nicht unwesentliche Verbesserung der Zulagen bringen wird. Reichsregierung, Reichsrat und Reichstag werden sich noch damit zu befassen haben, an deren Zustimmung ist aber wohl nicht zu zweifeln. Die Mehraufwendungen dürften sich für das Reich auf 3—4 Milliarden Mark belaufen.

Seit der Note der Militär-Ueberschuldungskommission des Verbands vom 23. Dezember v. J. ist ein ganzes Trommelfeuer von Noten über Deutschland niedergeprasselt: Noten des Vorschalterrats, der Ueberschuldungskommission, der französischen und der englischen Regierung und dazu die deutschen Antwortnoten; Noten über die Festungen, über die Festungen, die Sicherheitsfragen, die Beschlüsse, die Ausgleichszahlungen usw. Man kann es dem deutschen Zeitungsleser nicht zumuten, sich durch den Wust der Noten hindurchzuarbeiten und die von den Entente-Diplomaten und Militärs an den Haaren herbeigezogenen Beschuldigungen, Beanstandungen, Mörgeleien und Launereien zu studieren, die doch alle nur den Zweck haben, im Sinn des Friedensvertrags Deutschland nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Ein Musterbeispiel ist die Note der französischen Regierung vom 31. Dezember, in der in 8 Punkten strafbare „Vertragsverletzungen“ durch ungenügende Selbstentwaffnung aufgezählt werden. Im Ernst kann man aber doch wahrhaftig nicht mehr von einer gefährlichen Bewaffnung Deutschlands sprechen, wenn von den Waffenbeständen des früheren deutschen Heeres laut Bestätigung des Verbands annähernd 50 000 Geschütze, über 5 000 000 Gewehre, 60 000 Maschinengewehre und 20 000 Minenwerfer abgeliefert sind; wenn von den noch in Privat Händen gebliebenen Waffen 413 Geschütze, Minenwerfer, Flammen- und Granatwerfer, 2597 Maschinengewehre, 761 674 Gewehre und Pistolen, 362 669 Maschinengewehr- und Gewehrteile verschrotet d. h. zer schlagen und weitere 378 Geschütze und 6536 Maschinengewehre, 612 056 Gewehre und Pistolen, 179 495 Maschinengewehr- und Gewehrteile verschiedenen Güterverkeren bereits zugeführt sind; wenn ferner Marschall Foch selbst in seinem Bericht an die Verbandsregierung feststellt, daß seit dem Waffenstillstand 41 000, mit den Ersatzrohren 70 000 Geschütze, 163 000 Maschinengewehre, 2 800 000 Handfeuerwaffen, 25 000 Flugzeugmotoren und 16 000 Flugzeuge zerstört wurden. Auch das Pariser „Petit Journal“ mußte zugeben, daß das Deutsche Reich mit seinen noch 60 Millionen Einwohnern jetzt schon mehr entwaffnet sei, als es jemals seit dem 30-jährigen Krieg gewesen sei, und daß es weniger Soldaten und Kanonen habe als Portugal mit höchstens 5 1/2 Millionen Einwohnern oder als Griechenland. Eine Gefahr könne dieses Deutschland nicht mehr bilden, höchstens, daß es im Innern nicht mehr genügend verteidigt werden könne.

In England ist die öffentliche Meinung entschieden gegen die eigenmächtige Gewaltspolitik Frankreichs. Aber man soll sich darüber nicht täuschen, daß die öffentliche Meinung Englands und das amtliche England zweierlei Dinge sind, die oft sehr verschieden sein können. Es ist zwar nicht zu verkennen, daß die Volksmassen gegen die Regierung in steigendem Maß verärgert sind, nicht etwa wegen der Grausamkeiten in Irland — die lassen sie kalt —, sondern wegen der schlechten Zeiten und der erschreckend zunehmenden Arbeitslosigkeit. Man begreift allmählich, daß England nun erntet, was Lloyd George vor zwei Jahren in Paris säte, und daß viel Elend erspart worden wäre, wenn Lloyd George damals einen wirklichen Frieden gemacht hätte. Aber die englische Regierung weiß die öffentliche Meinung in ihrem Land zu nehmen. Sie erklärt sich von der Entwaffnung Deutschlands „im allgemeinen“ durchaus befriedigt, es seien jedoch noch gewisse Punkte vorhanden, die „ernst zu nehmen“ seien und über die

der Oberste Rat sich schlüssig zu machen habe. Das einseitige Vorgehen Frankreichs sei allerdings nicht am Plage gewesen und die eigenmächtigen Verfügungen des Generals Nollet können nicht gebudeht werden, die Ueberschuldungskommission müsse der Aufsicht des Vorschalterrats unterstellt werden. Das die Kommissionen auf den 10. Januar 1921 aufgelöst werden sollen, wie es Lloyd und Foch im Friedensvertrag heißt, davon steht in den amtlichen Noten Englands kein Wort. Die strafweise Besetzung des Ruhrgebiets, so heißt es in einer durch Reuters verbreiteten Note, könnte nur in Frage kommen, wenn Deutschland von Ostpreußen aus gegen Polen zu Felde zöge. Man höre und staune! Wenn aber England das Ruhrgebiet nicht den Franzosen ausgeliefert wissen will — weil es nämlich gegen seine eigenen Interessen verstößt —, wird es doch auch abhalten, in Bayern einzumarschieren und gemäß dem Plan der französischen Kriegspartei durch Besetzung der Mainlinie Süddeutschland vom Norden des Reichs abzuschneiden? Wenn es dem amtlichen England Ernst ist mit der bekundeten Ansicht, daß die deutschen „Vertragsverletzungen“ Bagatelien seien, die so schwere Strafmaßnahmen wie die Besetzung weiterer Gebiete nicht rechtfertigen, wozu dann überhaupt die Gerichtssitzung des Obersten Rats, die in der zweiten Hälfte des Jahres in Paris abgehalten werden soll? Muß man nicht erwarten, daß neue Drohungen und Fallstricke durch „einmütigen Beschluß der Verbündeten“ vertrieben und versiegelt werden sollen? Erfahren wir doch soeben aus einer amtlichen Berliner Mitteilung, daß die Wiederherstellungskommission des Verbands die Erhöhung der abzuliefernden Kohlenmenge für die Monate Februar und März von 2 auf 2,2-Millionen verlangt habe, weil Deutschland in den letzten Monaten des alten Jahres mit 500 000 Tonnen im Rückstand geblieben sei, die natürlich nachgeliefert werden müssen, obgleich Frankreich nicht weiß, wohin es mit den Kohlen soll. Das ist doch keine „Wiederherstellung“ mehr, da Frankreich vor dem Krieg niemals in Kohlen schwamm wie jetzt. Das gibt doch wohl so einen kleinen Vorgeschnack für die Zusammenkunft des Obersten Rats. Vermutlich soll jetzt noch eingebracht werden, soviel einzubringen ist, ehe im März der neue Präsident Harding in den Vereinigten Staaten sein Amt antritt, dem inzwischen sein Freund Corrid die Eindrücke seiner Europareise geschildert haben wird.

Noch mehr Kohlen abgefordert.

Berlin, 7. Jan. Dem WTB wird amtlich mitgeteilt, daß die Wiederherstellungskommission des Verbands in einer Note vom 27. Dezember das Verlangen gestellt hat: 1. Wegen der Transportchwierigkeiten sei die deutsche Kohlenablieferung im Rückstand geblieben. Die Kommission sei damit einverstanden, daß die Rückstände in den Monaten Februar und März mit je 250 000 Tonnen im Monat ausgeglichen werden, ohne Anrechnung auf die sonstigen Lieferungen; 2. im Februar und März soll Deutschland außer diesen Rückständen 2,2 Millionen Tonnen Kohlen monatlich liefern; und was davon nicht sofort abtransportiert werden könne, solle zur Verfügung der Wiederherstellungskommission gelagert und später nach den Wünschen der Kommission nachgeliefert werden.

Von deutscher Seite wurde auf dieses Ansinnen erwidert, die deutsche Leistungsabgabe vermöge nicht die in Spa festgesetzte Menge von Kohlen von 2 Millionen Tonnen monatlich einzuhalten, wie in einer demnächst fertigzustellenden Denkschrift dargelegt werden solle. Eine Steigerung der Ablieferung sei ganz unmöglich. Im Oktober habe Deutschland erheblich mehr als die Pflichtmenge abgeliefert. (Man sieht, wie das jetzt vom Verband ausgenutzt wird. D. Schr.) Aber die Klagen der deutschen Industrie über die unzureichende Kohlenversorgung dauern an trotz weitgehender Umstellung auf Verwendung von Braunkohlen. Dazu kommt, daß Bestrebungen im Gange sind, entgegen den feierlichen Zusagen Lloyd Georges und des belgischen Ministerpräsidenten Delacroix in Spa, den Anteil Deutschlands an den ober-schlesischen Kohlen noch weiter zu verkürzen. Bei dem Verband besteht ferner so gut wie keine Neigung, die Vorkaufschüsse für die Kohlen, so selbst die vertraglich festgelegte sogenannte Goldmarkprämie (5 Goldmark auf jede Tonne Kohlen) weiter zu zahlen.

